

Aus der Arbeit des Verwaltungsausschusses
Sitzung vom 06.07.2020

1. Haushaltssatzung 2020 - Anträge der Gemeinderatsfraktionen
- Vorberatung

Nach der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2020 in der Gemeinderats-sitzung am 25.05.2020 fand in der Gemeinderatssitzung am 22.06.2020 eine erste Aussprache zum Haushalt statt, in der von den Fraktionen Stellung zum Haushaltsplanentwurf 2020 genommen wurde. Es wurden dabei von den Gemeinderatsfraktionen verschiedene Anträge zum Haushalt 2020 eingebracht. Der Verwaltungsausschuss nahm bei den nachfolgenden Anträgen in seinem Zuständigkeitsbereich die Vorberatung vor und fasste entsprechende Beschlussempfehlungen an den Gemeinderat.

Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion: Schaffung einer weiteren Stelle im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit den Schwerpunkten Online-Kommunikation und –service, Stellenausschreibungen und Bürgerservice einschl. zusätzliches Budget für Sachaufwand

Die Verwaltung führte aus, sie sei sich bewusst, dass sich das Informationsverhalten der Bevölkerung gewandelt hat und dieser Prozess weiter voranschreitet. Darauf sei in den vergangenen Jahren auch verstärkt reagiert und im Rahmen der Möglichkeiten neue Formen der digitalen Informationsbeschaffung und Bürgerbeteiligung bei der Stadtverwaltung implementiert worden (z.B. Renningen-App, eBürgerbeteiligung, eTickets, eDienstleistungen, digitales Bauplatzbewerber-portal, whatsapp-Infokanal). Darüber hinaus arbeite die Stadt daran, im Zuge der neuen Homepage weitere digitale Verbesserungen wie z.B. ein Bewerbungsportal einzuführen. Auch im Bereich der Stellenanzeigen über digitales Marketing ist die Stadt in Kontakt mit einer Agentur, und es wird in Kürze eine Testphase hierzu geben. Für dieses Jahr ist auch eine Aktualisierung der Digitalen Agenda Renningen aus dem Jahr 2018 geplant, in welcher der neueste Stand aller digitalen Entwicklungen und Planungen der Stadt dargelegt werden.

Mit alldem sei Renningen im Verhältnis zur Größe seiner Stadtverwaltung bereits heute in hohem Maße digital unterwegs.

Für eine Beteiligung an Social-Media-Kanälen (Facebook, Instagram, etc.) benötige man ein klares Konzept, Richtlinien und Regeln. Will man dies in guter Qualität bewerkstelligen, dürfte dazu eine zusätzliche Planstelle alleine nicht ausreichen, da diese Kanäle permanent und mit möglichst kurzer Reaktionszeit bedient werden müssen - auch abends und an Wochenenden. Informationskanäle zu eröffnen und diese dann nur halbherzig zu bespielen, wäre kontraproduktiv. Dies ist sicher auch der Grund, weshalb in erster Linie größere Städte mit entsprechender Personaldecke im Bereich der Presse-/Öffentlichkeitsarbeit hier einsteigen. Grundsätzlich werde in der Eröffnung neuer Informationskanäle auch keine Entlastung des bestehenden Personals, sondern eine zusätzliche freiwillige Aufgabe mit neuem Verwaltungsaufwand gesehen. Denn die auf der beantragten Stelle eingesetzte Kraft müsste in den meisten Fällen vor einer qualifizierten Teilnahme an der Diskussion bei den zuständigen Fachabteilungen einschlägige Informationen einholen – und auch dies innerhalb sehr kurzer Reaktionszeiten.

Nicht zuletzt aufgrund der derzeit finanziell sehr angespannten und unsicheren Situation schlägt die Verwaltung vor, den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen und kein neues Personal bzw. neue Standards aufzubauen.

Zu einem späteren Zeitpunkt könne das Thema wieder aufgegriffen werden. Es gibt dazu in der Verwaltung schon erste Vorstellungen.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion **erklärte** den Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung, und der Zusicherung, dass das Thema Social Media/Digitalisierung zur gegebenen Zeit weiterverfolgt wird, **für erledigt**.

Antrag der FW-Gemeinderatsfraktion: Ausstattung der Schulstandorte mit einer zukunftsfähigen Internetverbindung und Abschlussmöglichkeiten in den Räumlichkeiten;
Schaffung der baulichen Voraussetzungen, um Medienkonzepte der Schulen für die Einbindung digitaler Medien zu ermöglichen

Die Verwaltung informierte, alle Schulleitungen arbeiten derzeit zusammen mit der Verwaltung an Medienentwicklungsplänen, die Voraussetzung für den Erhalt von Fördermitteln aus dem Digitalpakt Schule sind. Insgesamt stehen der Stadt Renningen über alle Schulen hinweg Fördermittel in Höhe von 708.300 € zur Verfügung; der zusätzliche städtische Beitrag muss mindestens 20 % betragen. Diese knapp 850.000 € sind im Haushalt 2020 und in der mittelfristigen Finanzplanung bereits berücksichtigt.

Aktuell wird bereits eine Ausschreibung vorbereitet, die auf das pädagogische Konzept der Schulen eingeht und den „digitalen Bedarf“ der Schulen abbildet. Noch in diesem Jahr soll der Gemeinderat hierzu Beschlüsse fassen. Unabhängig davon wird die Verwaltung unverzüglich in Zusammenarbeit mit den Schulen ohne Ausschreibungsverfahren mit Landesmitteln (Höhe noch offen) aus der coronabedingten Zusatzvereinbarung zum Digitalpakt mobile Endgeräte zur Ausleihe an die Schüler beschaffen. Dabei werden allerdings die Folgekosten für Ersatzbeschaffungen und Wartung dauerhaft bei den Schulträgern verbleiben.

Die ausreichende Breitbandanbindung der Schulen war schon immer ein großes Anliegen der Stadt. Aus diesem Grund wurde für > 10.000 € eine Richtfunkantenne zur Breitbandversorgung der Friedrich-Silcher-Schule angeschafft, was bisher auch sehr gut funktioniert hat. Auf Grund eines Schadensfalls war diese zuletzt über mehrere Wochen ausgefallen, was beim coronabedingten home-schooling zu Problemen führte. Da die Stadt bei der kabelgebundenen Versorgung auf private Anbieter angewiesen ist und diese das Gebiet bisher aus Wirtschaftlichkeitsgründen nicht ausreichend erschlossen haben, wird derzeit versucht, die FriSi auch kabelgebunden mit Telekommunikation zu versorgen. So plant die Deutsche Telekom in diesem Jahr, einen Großteil der Wohngebiete des Stadtteils Malsheim ab 2021 mit Glasfaser zu versorgen. Hierzu hat die Verwaltung die Grundlagendaten, z.B. über vorhandene Leerrohre, die mitgenutzt werden können, bereits benannt. Das Planungs- und Vergabeverfahren hierfür läuft derzeit an.

Damit dürfte in absehbarer Zeit auch eine redundante Anbindung der FriSi sichergestellt werden. Dies ist auch das Ziel für das Renninger Schulzentrum, das derzeit über das stadtteilgene Glasfasernetz erschlossen ist.

Aus den Ausführungen wird ersichtlich, dass neben den o.g. Konzepten für die Digitalisierung der Schulen keine weiteren Maßnahmen erforderlich sind und sich die Stadtverwaltung zusammen mit den Schulen bereits auf den Weg gemacht hat. Ein Haushaltsantrag hierzu ist deshalb nicht mehr erforderlich.

Der Verwaltungsausschuss **nahm zustimmend Kenntnis**.

Antrag der Gemeinderatsgruppierung FfR: Nette Toilette – Monatlicher Reinigungszuschuss an Betriebe, die ihre Toiletten für Fußgänger öffnen

Die Verwaltung erinnerte daran, im Zuge der Wochenmarktverlegung auf den Ernst-Bauer-Platz seien die umliegenden Geschäfte und Gastronomie angefragt worden, ob Gäste des Wochenmarktes und Marktbesucher dort die Toiletten mitnutzen können. Dies wurde weitestgehend bejaht. Eine finanzielle Unterstützung für den erhöhten Reinigungsaufwand wurde abgelehnt. Dies zeige, dass tatsächlich die Bereitschaft zur Öffnung der Toiletten da ist. Darüber hinaus stehen öffentliche Toiletten am Bahnhof, in der Mediathek, den Rathäusern und auf den Friedhöfen zur Verfügung.

Auch eine Befragung der Gastronomen einige Jahre zuvor ergab, dass die Gaststätten im Notfall gerne ihre Toiletten zur Verfügung stellen. Aber eine ausdrückliche Bewerbung mit dem Label „Nette Toilette“ wurde nicht gewünscht.

Eine erneute Abfrage und ein erneuter Anlauf erscheint daher aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig und zielführend. Aus diesem Grund und wegen des damit verbundenen Verwaltungsaufwands schlug die Verwaltung vor, davon abzusehen.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat bei 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen, dem Antrag nicht zu entsprechen.

Antrag der FDP-Gemeinderatsgruppierung: Teilhaushalt 1 - 11.21 Personalwesen
Regelmäßiger Bericht der Verwaltung an den Gemeinderat über nicht besetzte Stellen im Bereich Kindererziehung, Pflege und bei der Stadtverwaltung allgemein

Die Verwaltung erläuterte hierzu, Informationen zum Stand der Stellenbesetzung und zu nicht besetzten Stellen erfolgten regelmäßig anlassbezogen für die Bereiche, in denen aktuell Probleme auftreten. Eine jährliche umfassende Darstellung für alle unbesetzten Stellen der Stadt könne aber auf Wunsch im Rahmen der jährlichen Vorberatung des Stellenplans erfolgen.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat einstimmig, dieser vorgeschlagenen Vorgehensweise zuzustimmen.

Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion: Teilhaushalt 1 -11.33 Grundstücksmanagement
Adäquate Ausgleichslösung für die angedachten Nutzungen des Anwesens Mühlgasse 6 im Zusammenhang mit dem vorgesehenen neuen Raumkonzept der Stadtverwaltung. In diesem Zusammenhang auch vollständiger Auszug des Stadtarchivs und des Archäolog. Museums zur Schaffung weiterer Raumkapazitäten für die Realschule.

Die Verwaltung merkte hierzu an, die große Variante des vorgestellten neuen Raumkonzeptes für die Stadtverwaltung zeige für die ursprünglich im Anwesens Mühlgasse 6 angedachten Nutzungen Alternativen auf (Kulturscheune Kleine Gasse 5 mit Galerie, Künstlerwerkstatt und Kleinkunsthöhne; ins neue Rathaus integriertes Stadtarchiv). Lediglich das Archäologische Museum verbleibt demnach an seinem Standort, gewinnt mit dem Auszug des Stadtarchivs aber ebenfalls Erweiterungsflächen.

Wie aus der aktuellen Schulbedarfsplanung ersichtlich, benötige die Realschule aus heutiger Sicht die Flächen des Archäologischen Museums auch langfristig nicht. Im Übrigen ist der Standort des Archäologischen Museums im Schulzentrum geradezu ideal platziert, um die Themen in den Unterricht einzubauen. Ein Neubau an einer anderen Stelle wäre unverhältnismäßig – insbesondere vor dem Hintergrund der Großinvestitionen der nächsten Jahre und der damit verbundenen Kreditaufnahmen.

Die Thematik des Antrags wird im Rahmen des Grundsatzbeschlusses zum Erwerb des Volksbankareals und zur Veräußerung des Anwesens Mühlgasse 6 in öffentlicher GR-Sitzung am 20.07.2020 zu diskutieren sein.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat einstimmig, dieser vorgeschlagenen Vorgehensweise zuzustimmen.

Anträge Teilhaushalt 1 - 11.33 Grundstücksmanagement

a) Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion: Entwicklung einer Strategie für bezahlbaren Wohnraum im Zusammenhang mit dem Neubaugebiet Schnallenäcker III für ganz Renningen

- Betrachtung aller städtischer Grundstücke, Gebäude und Wohnungen

- Einschätzung der Verwaltung zum Grundstücksfonds des Landes

- Verwendung von mindestens 1/3 der in der Finanzplanung für das Gewerbegebiet B 295 eingestellten Mittel zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums im Neubaugebiet Schnallenäcker und im restl. Stadtgebiet

b) Antrag der Gemeinderatsgruppierung FfR: Konzeptvergabe von Baugrundstücken im Neubaugebiet Schnallenäcker III für Baugemeinschaften mit sozialem Charakter

c) Antrag der Gemeinderatsgruppierung FfR: Information über die Möglichkeit der Baugrundstücksvergabe in Erbpacht

Die Verwaltung teilte hierzu mit, sie habe 2017 ausführlich dargelegt, wie im Rahmen der städtischen Grundstücksvermarktung aus der Umlegung von Neubaugebieten die Einstreuung und Durchmischung der Wohnbebauung mit geförderten Sozialwohnungen aktiv gesteuert werden kann. Wie bereits seinerzeit angekündigt, wird die Verwaltung rechtzeitig vor dem Einstieg in die Bauplatzvermarktung des geplanten Neubaugebiets Schnallenäcker III einen Vorschlag mit konkreten Vergabekriterien städtischer Baugrundstücke in den Gemeinderat einbringen, der dem Gedanken zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Vergabe an Bauherrengemeinschaften und sonstigen sozialen Aspekten Rechnung trägt.

Die in den Anträgen der SPD und FfR aufgeworfenen Fragen und Anregungen sollten aus Sicht der Verwaltung zielführender Weise in diesem Zusammenhang diskutiert werden. Dabei kann die Verwaltung nochmals einen aktualisierten Überblick über sinnvolle Handlungsfelder zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums geben. Die Aspekte hierzu sind vielfältig und in ihrer Zielrichtung teilweise auch gegenläufig. Hinzu kommt, dass die Zahl der städt.

Grundstücke für bestimmte Gebäudetypen aus der Umlegung Schnallenäcker III begrenzt sein wird und hier bzgl. der strategischen Ausrichtung der Bauplatzvergaben sicher Prioritäten zu setzen sein werden.

Damit für diese wichtige Weichenstellung genügend Zeit für Informationen und Diskussionen bleibt, hat die Verwaltung ein zweistufiges Verfahren mit Beratungen in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungsrunden geplant, um am Ende zu einem ausgewogenen und mehrheitsfähigen Ergebnis zu kommen.

Auf der Grundlage der Diskussionsergebnisse im Zusammenhang mit der Bauplatzvergabe Schnallenäcker III sei es aus Sicht der Verwaltung zielführend, auf dieser Grundlage auch über weitere Bausteine für bezahlbaren Wohnraum außerhalb von Neubaugebieten zu diskutieren und eine Strategie für die Zukunft zu entwickeln.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat einstimmig, dieser vorgeschlagenen Vorgehensweise zuzustimmen.

Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion: Teilhaushalt 4 - 31.80 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

a) Verifizierung der Zahlen zur Kinderarmut in Renningen;

b) Vorstellung des Vereins Children-First e.V. im Gemeinderat; anschließend Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten zur Unterstützung von Kindern, die in Armut leben, ergänzend zu bestehenden Initiativen (Notnagel, Bürgerstiftung, Kinderfreunde...)

Mangels eigener Zuständigkeit der Stadt lassen sich die Zahlen über Kinderarmut im Stadtgebiet nicht kurzfristig belastbar verifizieren, zumal der Begriff „Armut“ anders definiert wird, als der Bezug von Sozialleistungen. Als Anhaltspunkt kann die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II u. XII (Stand Mai 2019: 265) und die Zahl der Empfängerhaushalte von Leitungen nach dem AsylbLG (Stand Mai 2019: 63) herangezogen werden. Letztlich ist aber nicht die statistische Zahl der in Armut lebenden Kinder, sondern deren Möglichkeit an der Teilhabe an den vielfältigen sozialen Einzelfallhilfen entscheidend, die das örtliche Netzwerk verschiedener Akteure (Aktion Notnagel, Bürgerstiftung, Kinderfreunde, Kirchen, Stadt) bereits leistet.

Aufgrund der kurzen Bearbeitungszeit konnte sich die Verwaltung noch nicht im Detail mit dem Verein Children-First e.V. befassen. Hier wären sicher weitere Ausführungen der SPD-Fraktion hilfreich. Erste Recherchen der Verwaltung haben ergeben, dass die Homepage des Vereins im Hinblick auf die aktuellen Projekte nicht auf dem neusten Stand zu sein scheint und Angaben über die Mitgliederzahl und den Vorstand fehlen; er scheint auch kein anerkannter Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe zu sein, was für eine gute Arbeit zwar nicht zwingend erforderlich, aber gleichwohl ein Indikator für bestimmte Qualitätsstandards ist.

Sofern der GR beim Thema Kinderarmut zusätzlichen Handlungsbedarf sieht, muss er sich überlegen, ob nicht besser langjährige Kooperationen mit den bekannten örtlichen Akteuren (Kinderfreunde, Notnagel, Bürgerstiftung, Schulen, Schul- und Jugendsozialarbeit) intensiviert bzw. erweitert werden sollten oder man - wenn man dafür einen neuen Kooperationspartner sucht - dafür nicht besser einen zertifizierten anerkannten Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe wählt. Vor einer Zuziehung von Externen sollte die Situation vor Ort gründlich beleuchtet, die vorhandenen Netzwerke dargestellt und ggf. Defizite herausgearbeitet werden.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat bei einer Stimmenthaltung folgende Beschlussfassung:

Die Thematik Kinderarmut und die Möglichkeiten der Teilhabe auf örtlicher Ebene wird in der nächsten Sitzung des Jugendbeirats unter Einbeziehung der örtlichen Akteure des sozialen Netzwerks in der Stadt diskutiert. Die Jugendsozialarbeit/Schulsozialarbeit wird in den kommenden Monaten das Thema Kinderarmut in Renningen und Malsheim beobachten und ihre Beobachtungen und Erfahrungen hierzu in der nächsten Jugendbeiratssitzung einbringen. Der Jugendbeirat wird auf dieser Basis eine Empfehlung erarbeiten, wie an diesem Thema ggf. weitergearbeitet wird und ob die Vorstellung weiterer Institutionen (z.B. Verein Children First e.V.) im Gemeinderat erfolgen sollte.

Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion: Teilhaushalt 4 -36.50 Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege

Vorlage eines aufkommensneutralen Modells für einkommensabhängige Kindergartengebühren

Im Ältestenrat wurde bereits von der Verwaltung ein aufkommensneutrales, einkommensabhängiges Gebührenmodell vorgestellt und die Auswirkungen auf der Grundlage einer Modellberechnung aufgezeigt. Die Fraktionsvorsitzenden sprachen sich dabei einvernehmlich mit der Verwaltungsspitze dafür aus, das Thema zunächst in der nächsten Klausurtagung des Gemeinderats am 19.09.2020 zu beraten.

Der Verwaltungsausschuss **nahm Kenntnis**.

Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion: Teilhaushalt 4 -36.50 Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege

Prüfauftrag zur Umsetzung des geplanten Waldkindergartens mit einem externen Träger

Die Verwaltung wies darauf hin, dass dies wird bereits berücksichtigt wurde. Aktuell werde die europaweite Ausschreibung für einen externen Betrieb des Waldkindergartens vorbereitet (siehe hierzu den zweiten Tagesordnungspunkt der Sitzung) und dem Gemeinderat im Juli 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt. Weitere Ausführungen zum Sachstand und Zeitplan werden in Kürze folgen.

Der Verwaltungsausschuss **nahm** hiervon **Kenntnis**.

Stadtbau Renningen GmbH

a) Antrag der Gemeinderatsgruppierung FfR: 2022 neues Projekt „Günstiger Wohnraum für Familien“

b) Antrag der FDP-Gemeinderatsgruppierung: Bericht der Stadtbau an den Gemeinderat, welche Projekte mittelfristig geplant sind

Die Verwaltung wies darauf hin, wie im aktuellen Lagebericht der Stadtbau vom 24.04.2020 dargelegt, bestehe in neu erschlossenen Baugebieten oder auf Innenentwicklungsflächen die Möglichkeit für weitere Stadtbau-Projekte im Rahmen des satzungsgemäßen Aufgabenbereichs. Die Geschäftsführung sieht dabei vorrangigen Handlungsbedarf bei der Schaffung zusätzlicher Sozialmietwohnungen. Konkrete Planungen dazu gebe es aktuell noch nicht. Spätestens im Zusammenhang mit der kommunalpolitischen Diskussion über die Vergabe städtischer Baugrundstücke nach Rechtskraft der Umlegung „Schnallenäcker III“ werde zu entscheiden sein, ob für die städt. Baugesellschaft ein geeignetes Baugrundstück reserviert werden soll.

Der Verwaltungsausschuss **nahm** hiervon **Kenntnis**.

2. Waldkindergarten

- Bewertungskriterien für die Ausschreibung

Der Gemeinderat Renningen hat mit der Bedarfsplanung 2019 den Grundsatzbeschluss gefasst, einen Waldkindergarten auf Renninger Gemarkung zu realisieren. Anschließend wurde ein geeignetes Grundstück für die Realisierung des Waldkindergartens gefunden und erworben. Am 17. Februar 2020 entschied der Gemeinderat im Hinblick auf die angespannte Personalsituation in den Renninger Kindertageseinrichtungen und nach der Maßgabe des Subsidiaritätsprinzips, den Waldkindergarten an einen externen Träger zu vergeben. Der Gemeinderat folgt damit auch dem Wunsch der Elternschaft nach einer größeren Trägervielfalt, welcher in der Elternbefragung 2019 ausdrücklich formuliert wurde.

Sowohl die Stadt Renningen als auch ein potenzieller Bewerber haben größtmögliches Interesse daran, eine kontinuierliche und langfristige Partnerschaft einzugehen. Demnach ist der Betrieb des Waldkindergartens für eine Dauer von zunächst 10 Jahren ausgeschrieben. Bei einem avisierten Finanzvolumen von ca. 150.000 bis 170.000 € jährlich, werden die Schwellenwerte für eine europaweite Ausschreibung überschritten. Hierfür hat sich die Verwaltung erneut Unterstützung bei der THOST Projektmanagement GmbH (wie bei der Sanierung der Fassade der Realschule) aus Pforzheim geholt, die tatkräftig bei der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen mitwirken. Durch Rechtsänderungen im Jahr 2019 müssen Ausschreibungsverfahren komplett elektronisch ablaufen. Im gesamten Ausschreibungs- und Vergabeprozess unterstützten die Mitarbeiterinnen der THOST Projektmanagement GmbH die Stadt Renningen mit Ihrer umfangreichen Expertise im Bereich von europaweiten Ausschreibungen. Die Ausschreibung findet in einem einstufigem offenen Verfahren statt.

Die Verwaltung stellte dem Verwaltungsausschuss den Projektplan sowie die empfohlenen Vergabekriterien (Kostenkriterium, Pädagogisches Konzept, Konzept der Elternarbeit, Konzept zum Kitamanagement) vor. Ausführliche Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage der Stadt Renningen www.renningen.de im Bürgerinformationsportal eingestellt.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat einstimmig folgende Beschlussfassung:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung mit der Durchführung einer europaweiten Ausschreibung für den Betrieb des Waldkindergartens in der Perouser Str. 95 in Malmsheim.

3. Verschiedenes/Bekanntgaben

1. Anpassung Kindergartengebühren

Bürgermeister Wolfgang Faißt gab bekannt, die Verwaltung plane eine Anpassung der Kindergartengebühren auf Basis der Empfehlungen der Landesverbände nicht zum neuen Kindergartenjahr sondern erst zum 01.01.2021. Die Verwaltung werde das Thema Anpassung Kindergartengebühren im Herbst dieses Jahres zur Beratung und Beschlussfassung in den Gemeinderat einbringen.

Der Verwaltungsausschuss **nahm** hiervon **Kenntnis**.

2. Breitbandausbau

Bürgermeister Wolfgang Faißt informierte, im Rahmen des geplanten Breitbandausbaus im Gewerbegebiet Renningen (Nord/Raite/Wolfäcker) und in Teilen von Malmsheim erkunde die Telekom derzeit das Interesse der Kunden an einem Breitbandanschluss durch ein von ihr beauftragtes Unternehmen. Hinsichtlich der Vorgehensweise dieses beauftragten Unternehmens gingen bei der Stadtverwaltung Beschwerden ein, woraufhin unverzüglich über das Landratsamt eine Nachbesserung gefordert wurde.

Der Verwaltungsausschuss **nahm** hiervon **Kenntnis**.

Bürgermeister Faißt bedankte sich bei den erschienenen Zuhörer(innen) für ihr Interesse und schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.